



Pfäffikon, 17. September 2023

SP SETZT SICH FÜR EINEN SOZIALEN KANTON SCHWYZ EIN

Am Mittwoch behandelt der Kantonsrat verschiedene parlamentarische Vorstösse, unter anderem auch diejenigen zur Schaffung einer Ombudsstelle, für transparente Vormieten und für Sofortmassnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels. Die SP setzt sich damit erneut für die Menschen in unserem Kanton ein. Einen konkreten Erfolg erreichte die SP für Rentnerinnen und Rentner.

Niederschwellige Hilfe, statt lange Gerichtsverfahren – SP begrüsst Schaffung einer Ombudsstelle

Anfangs Jahr hat die SP gemeinsam mit anderen Fraktionsvertretern die Schaffung einer Ombudsstelle im Kanton Schwyz mittels Motion gefordert. Der Regierungsrat ist der Meinung diese sei nicht nötig, wegen den kurzen Wege zu den politischen Entscheidungsträger:innen (seien diese im Gemeinde-, Regierungs- oder Kantonsrat) in unserem Kanton. Diese Haltung kann nicht nachvollzogen werden. Die SP-Fraktion ist klar der Auffassung, dass eine unabhängige, neutrale, vertrauliche und kostenlose Stelle eine Notwendigkeit darstellt. Bei verwaltungsinternen Fällen ist eine Gleichstellung aller Angestellten im Kanton Schwyz (Gemeinde, Bezirke und Kanton) nur gerecht. Nicht nur die Kantonsangestellten sollen, wie bis anhin, von einer personalinterne Ombudsstelle profitieren können. Bei den externen Fällen können wir nur die sehr positiven Rückmeldungen von der Ombudsstelle im Kanton Zug nennen. Ihre Arbeit wird wir von allen, sei dies von der Politik, Bevölkerung und Verwaltung, akzeptiert und geschätzt. Das Vertrauen von der Bevölkerung in die externe Stelle ist grösser als in die Verwaltung. Der durch eine Ombudsstelle initiierte Dialog hilft bei der Konfliktlösung mehr als ein Urteil. So kann man die Gerichte entlasten und die Kosten senken. SP-Kantonsrat Martin Raña (Küssnacht): «Die Folgen einer Ombudsstelle im Kanton Schwyz sind nicht mehr Bürokratie, sondern mehr Verständnis von den Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltungsentscheide.»

Für transparente Vormieten – Formularpflicht einführen

Die Schwyzerinnen und Schwyzer bezahlen heute schon den dritthöchsten Nettomietpreis der Schweiz, nach Zürich und Zug (2021). Die Leerwohnungsziffer betrug am 1. Juni 2022 0.72 % und am 1. Juni 2022 0.5 %, bei Werten unter 1 Prozent spricht man von Wohnungsmangel und unter 0.5 % von Wohnungsnot. Bei dieser Ausgangslage steigt die Gefahr von missbräuchlichen Mietpreiserhöhungen, die Monat für Monat die Kaufkraft der Leute schwächen. Unbegründete Mietzinsaufschläge kommen insbesondere bei Mieterwechsel vor. Diesen unfairen Aufschlag können wir mit minimalem Aufwand durch die Einführung eines einfachen Formulars verhindern. SVP-Bundesrat Guy Parmelin hat vor kurzem in einem Zeitungsinterview bei der Formularpflicht von einem wirksamen

Mechanismus zur Mietkontrolle gesprochen. In seinem Heimatkanton Waadt habe man das Formular bereits eingeführt. Dieses erleichtere missbräuchliche Mietzinserhöhungen anzufechten; zudem sei dies gratis. Aber nicht alle Kantone würden dieses Formular kennen. Er halte mehr Transparenz für sinnvoll.

Unsere Nachbarkantone Luzern, Zürich und Zug haben das Formular bereits eingeführt. Mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung sind Mieterinnen und Mieter. Diesen will die SP-Fraktion mit der Formularpflicht helfen.

SP fordert Sofortmassnahmen zur Bekämpfung des Lehrpersonenmangels

Die Sofortmassnahmen seitens Kanton und Unterrichtende ohne Lehrdiplom haben Auswirkungen auf die Lehrpersonenteams in den jeweils betroffenen Schulen im Kanton. Sie führen zu erheblichen Zusatzbelastungen der erfahrenen Lehrpersonen vor Ort, da sie die Lehrpersonen ohne adäquaten Berufsabschluss coachen und bei der Teamarbeit entlasten müssen, damit deren Unterricht gelingt. Wie die Schulen dieses Mentoring organisieren, da besteht aktuell im Kanton Schwyz eine unübersichtliche Situation. Die Abteilung Schulcontrolling hat mit ihren Schulgesprächen lokaler Handlungsbedarf festgestellt, drei Schulen haben keine Vorgaben und auch kein Konzept betreffend Berufseinführung von neu eingestellten Lehrpersonen.

Der aktuell herrschende akute Lehrpersonenmangel wird andauern und somit wird es von Jahr zu Jahr mehr unterrichtende Personen ohne pädagogische Ausbildung geben. Dies wird zu einer noch grösseren Zusatzbelastung der Lehrpersonen und Schulleitungen vor Ort führen. Der Regierungsrat erachtet es als prüfenswert, die Mentoringprogramme näher zu analysieren und allfällige Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene abzuklären. Es ist vorstellbar, dass der Kanton in der Umsetzung der Mentorate künftig lenkend auf die Schulen vor Ort einwirkt. Dadurch könnten für den Berufseinstieg gewisse Minimalstandards vorgegeben werden. Der Regierungsrat beantragt das Postulat erheblich zu erklären. Dies freut die SP-Fraktion.

Ja zur Teilrevision der Geschäftsordnung

Die SP-Fraktion ist mit der vorgesehenen Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates (GOKR) einverstanden. Sowohl die Absicherung der Handlungsfähigkeit des Rates als auch des Live-Streams werden begrüsst. SP-Fraktionspräsidentin Carmen Muffler (Pfäffikon) führt aus: „Mit dem Livestream wird eine neue Ebene der Transparenz im Kantonsrat erreicht, die die SP-Fraktion schon lange fordert.“ Auch mit der Erhöhung der Fraktionsbeiträgen ist die SP-Fraktion einverstanden. Die vorliegende Vorlage entspricht einem guten Kompromiss zwischen den Fraktionen.

Nein zu zusätzlichen Steuererleichterungen für die Reichsten

Ausschliesslich für die Reichsten will die FDP bei der bereits heute privilegierten Besteuerung von Kapitalauszahlungen aus der Pensionskasse den Steuersatz zusätzlich senken. «Diese Ausfälle müsste der Mittelstand bezahlen», so SP-Kantonsrat Elias Studer (Oberarth). Die SP-Fraktion lehnt die Motion deshalb ab. Sie setzt sich dafür ein, dass dieses Geld stattdessen für gute öffentliche Dienstleistungen für alle und Steuererleichterungen für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen eingesetzt wird.

Altern in Würde: SP-Erfolg für Seniorinnen und Senioren

Dass der Regierungsrat die Ergänzungsleistungen für Alters- und Pflegeheime angehoben hat, freut nicht nur die Initianten, SP-Kantonsrätin Aurelia Imlig (Ibach) und SP-Kantonsrat

Antoine Chaix (Einsiedeln). Imlig meint dazu: «Vorher wurden Senioren und Seniorinnen zu Sozialhilfebezügern, obwohl sie ein Leben lang hart gearbeitet haben, das zu verhindern war unser Ziel!» Die SP-Fraktion zeigt sich erfreut, dass der Regierungsrat das Anliegen der SP aufgenommen und die entsprechende Verordnung angepasst hat.

Ja zur Offensive für E-Busse

58 % der Transportleistungen im öffentlichen Verkehr im Kanton Schwyz werden mit Dieselfahrzeugen erbracht, der Rest ist elektrisch (Zug, Bergbahnen, E-Busse). Die PostAuto AG als Betreiberin der Buslinien in den Regionen March, Höfe und Einsiedeln hat eine Analyse der Betriebshöfe durchgeführt und basierend darauf ein Umsetzungskonzept vorgelegt. Es beschreibt die schrittweise Umstellung der Postautos im Kanton auf batterieelektrische Fahrzeuge und dient dem Kanton als wichtige Grundlage für weitere Abklärungen, um das Ziel, einen geringeren CO₂-Ausstoss beim strassengebundenen öffentlichen Verkehr, zu erreichen. «Die Antworten des Regierungsrates sind zukunftstauglich. Es braucht aber weitere Anstrengungen, um dem Ziel, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, näher zu kommen», sagt SP-Kantonsrätin Elsbeth Anderegg Marty (Lachen/Altendorf).

SP-Fraktion des Schwyzer Kantonsrats

Kontakt

Carmen Muffler, Fraktionspräsidentin, 079 727 17 78, carmen.muffler@spschwyz.ch